



Zum Schutz des Familienlebens abzuwägende Kriterien gemäß Artikel 8 EMRK

EuGH Urteil vom 06.12.2007 - 69735/01 - Informationsbrief Ausländerrecht 3/2008/111

Franz Hoß

Immer bedeutsamer wird die Rechtsprechung des EuGH zu Art. 8 EMRK:

- Jede Person hat das Recht auf Achtung ihres Privat- und Familienlebens, ihrer Wohnung und ihrer Korrespondenz.
- Eine Behörde darf in die Ausübung dieses Rechts nur eingreifen, soweit der Eingriff gesetzlich vorgesehen und in einer demokratischen Gesellschaft notwendig ist für die nationale oder öffentliche Sicherheit, für das wirtschaftliche Wohl des Landes, zur Aufrechterhaltung der Ordnung, zur Verhütung von Straftaten, zum Schutz der Gesundheit oder der Moral oder zum Schutz der Rechte und Freiheiten anderer.

Und immer größer wird der Einfluss dieser Rechtsprechung auf die deutschen Gerichte.

Der in der oben genannten Entscheidung zugrunde liegende Sachverhalt betrifft ein marokkanisches Ehepaar mit einer 5-jährigen Tochter. Der erheblich straffällig gewordene Ehemann war mit 27 Jahren in die BRD gekommen und hatte hier fast 13 Jahre gelebt als er ausgewiesen wurde.

Der EuGH setzt sich grundlegend und damit auch prägend für die deutsche Rechtsprechung mit den Kriterien auseinander, welche zu prüfen sind, wenn es um den ‚Schutz des Familienlebens‘ gemäß Art. 8 EMRK bei - wie er es formuliert - „sesshaften Migranten“ geht. Dazu zählen unter anderem:

- Art und Schwere der Straftat
- Dauer des Aufenthalts
- Seit der Straftat verstrichene Zeit und Verhalten des Betroffenen
- Staatsangehörigkeit der betroffenen Familienmitglieder
- Familiäre Situation
- Ob der Gatte bei Eingehung der Beziehung von der Straftat wusste
- Schwierigkeiten des Ehegatten, sich im Heimatland des Betroffenen einzuleben
- Vorhandensein von Kindern und deren Interessen/Wohl, vor allem auch bei dem Einleben in das Heimatland des Betroffenen
- Die Festigkeit der sozialen Bande mit dem Gastland bzw. mit dem Heimatland

Der EuGH bestätigt erneut, dass die EMRK keine Garantie auf Aufenthalt in einem bestimmten Land vermittelt, sondern der einzelne Vertragsstaat das Recht hat, Ausländer auszuweisen, die sich strafbar gemacht haben. Allerdings ist die Schranke des Art. 8 Abs. 2 zu beachten. **Danach muss die Ausweisung durch einen dringenden sozialen Bedarf gerechtfertigt und insbesondere angemessen im Verhältnis zu den verfolgten legitimen Zielen sein.** Entscheidender Gesichtspunkt kann hierbei sein, ob es sich um einen Ausländer der 1. oder 2. Generation handelt.

Hier wertet der EuGH den Betroffenen als Angehörigen der 1. Generation, da er die ersten 27 Jahre seines Lebens in Marokko gelebt hat. Bei Abwägung der aufgezeigten Gesichtspunkte hält er die Ausweisung für zulässig und die Ausreise nach Marokko auch für seine Ehefrau und sein Kind für zumutbar.